

## **Forschungsrat fordert dringend eine Erhöhung der öffentlichen F&E-Ausgaben**

**Utl.: "Nur mit ausreichend öffentlichen Mitteln kann die notwendige Sogwirkung auf die private Forschung hergestellt werden."**

Wien (OTS) - Vor dem Hintergrund der seit 2008 stagnierenden Forschungsausgaben hat der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE) unter dem Vorsitz von Dr. Hannes Androsch in seiner jüngsten Empfehlung an die österreichische Bundesregierung eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gefordert. "Will man das in der FTI-Strategie der Bundesregierung definierte Ziel einer 3,76-Prozent-Quote bis 2020 tatsächlich erreichen, so bedarf es eines kumulierten zusätzlichen Finanzierungsbedarfs von mehr als 900 Mio. Euro", so Androsch in Erläuterung der Empfehlung. Ergänzend erklärt der Stellvertretende Vorsitzende, Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky: "Nur mit ausreichend öffentlichen Mitteln kann jene Sogwirkung erzeugt werden, die auch bei den privaten Ausgaben für F&E zu Steigerung führt."

Als Vorbilder einer solchen Vorgangsweise nennt Androsch die Schweiz, die Niederlande und Deutschland. "Trotz notwendiger Ausgabenkürzungen in anderen Budgetbereichen wurde dort in den vergangenen Jahren antizyklisch in Bildung und Forschung investiert. Österreich ist diesbezüglich bisher leider einen anderen Weg gegangen. Sollte die Regierung also ihr selbst gestecktes Ziel eine F&E-Quote von 3,76 Prozent des BIP ernst nehmen, braucht es rasch eine Kurskorrektur. Ohne diese wird die öffentliche Finanzierungslücke bis zum Jahr 2020 auf fast eine Milliarde Euro ansteigen, wie unsere Berechnungen ergaben. Und der zusätzliche Finanzierungsbedarf auf privater Seite beträgt sogar über eine Milliarde, wodurch im Jahr 2020 eine Finanzierungslücke von insgesamt 2 Milliarden bestehen könnte, wenn nicht gegengesteuert wird."

Zwtl.: Forschung braucht langfristige Planungssicherheit in der Finanzierung

Da die Forschung lange Vorlaufzeiten hat, braucht sie auch entsprechende Planungssicherheit bei der Finanzierung. Die Empfehlung des Forschungsrates begrüßt daher die langfristige Absicherung des IST Austria, verlangt eine solche aber auch für die anderen Forschungseinrichtungen in Österreich. Entsprechende Vorkehrungen sind im Rahmen der laufenden Budgetverhandlungen bzw. der Verhandlungen über die künftigen Leistungsvereinbarungen zu treffen,

denn - so Skalicky: "Es kann nicht sein, dass von der nominellen Erhöhung der Universitätsbudgets nach Berücksichtigung der Inflation praktisch keine Budgetsteigerung mehr vorhanden ist, die Universitäten aber aus ihren Budgets neben den steigenden laufenden Kosten auch noch den starken Zuwachs an Studierenden abdecken müssen."

Die finanzielle Planungsbasis und eine entsprechende Absicherung der zentralen Einrichtungen des österreichischen Wissenschafts- und Forschungssystems müssen in diesem Sinn im Bundesbudget verankert werden. Dies betrifft die tertiäre Bildung und Forschung (z.B. Hochschulen), die außeruniversitäre Forschung (z.B. ÖAW) als auch die direkte Forschungsförderung (z.B. FFG). Weiters ist nach Empfehlung des Forschungsrates auch die von der EU-Kommission empfohlene Bereitstellung von 2 Prozent des BIP für den tertiären Bildungsbereich ehe baldigst umzusetzen.

~

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik

Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

Tel: +43 (0)1 713 1414

E-Mail: l.garzik@rat-fte.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/6216/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0061 2012-09-18/10:00

181000 Sep 12

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20120918\\_OTS0061](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120918_OTS0061)